

## PRESSEMITTEILUNG

---

Nürnberg, den 11. Februar 2014

### **Wählen gehen, mitentscheiden – Demokratie braucht jede Stimme!**

**Die Ausländer- und Integrationsbeiräte rufen alle Wahlberechtigten auf, bei den Kommunalwahlen in Bayern am 16. März 2014 wählen zu gehen. Die Beiräte sprechen sich dafür aus, Kandidatinnen und Kandidaten eine Stimme zu geben, die das interkulturelle Zusammenleben kennen und wertschätzen, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung und für eine inklusive und solidarische Gesellschaft einsetzen.**

Bei den Gemeinde- und Landkreiswahlen in Bayern haben neben den deutschen Staatsangehörigen auch Staatsangehörige der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union das aktive und passive Wahlrecht. Voraussetzung ist, dass sie das 18. Lebensjahr vollendet haben und sich seit mindestens zwei Monaten im Wahlkreis mit dem Schwerpunkt ihrer Lebensbeziehungen aufhalten. „Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern, insbesondere Wahlberechtigte mit Migrationsgeschichte, auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen“, so die Vorsitzende der AGABY, Mitra Sharifi Neystanak. „Es ist wichtig, dass wir an den Wahlen teilnehmen und damit zeigen, dass wir dort wo wir leben, arbeiten und Steuern zahlen, über die Geschicke unseres Wohnortes mitentscheiden wollen“, so die Vorsitzende weiter.

AGABY begrüßt, dass einige Parteien und Wählervereinigungen Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationsgeschichte auf aussichtsreichen Plätzen aufgestellt haben. Ihr Anteil muss weiter wachsen, denn sie sind gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung immer noch unterrepräsentiert.

Die Beschränkung des kommunalen Wahlrechts auf deutsche Staatsangehörige und Bürger der Europäischen Union schließt in Bayern knapp 640.000 Einwohnerinnen und Einwohner mit einem anderen Pass, sogenannte Drittstaater, von diesem demokratischen Recht aus. Diese Menschen leben jedoch zum Teil bereits seit Jahrzehnten in Deutschland. Sie erfüllen ganz selbstverständlich ihre staatsbürgerlichen Pflichten, dürfen aber nicht mitentscheiden, wie ihre geleisteten Steuerabgaben verwendet werden. Es ist jedoch mit den Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft unvereinbar, sie bei Kommunalwahlen zu bloßen Zuschauern zu machen. Das derzeitige Dreiklassenwahlrecht mit vollwahlberechtigten deutschen Staatsbürgern, kommunalwahlberechtigten EU-Bürgern und wahlrechtslosen Drittstaatsangehörigen muss endlich abgeschafft werden, damit alle Einwohner der Kommune an den demokratischen Entscheidungsprozessen teilhaben können. AGABY hat deshalb bereits 2010 in einem breiten Bündnis gesellschaftlicher Organisationen und Verbände die Kampagne „Demokratie braucht jede Stimme – Kommunales Wahlrecht für Alle!“ ins Leben gerufen ([www.demokratie.agaby.de](http://www.demokratie.agaby.de)).

#### **Kontakt:**

AGABY Geschäftsstelle, Tel.: 0911 / 92 31 89 90

Mitra Sharifi Neystanak, Vorsitzende der AGABY, Tel.: 0171 / 41 75 862